

Seminar aus Sozialökonomik
Dr. Klaus Schaper

Im Sommersemester 1998

Nationale und Klasseninteressen im neuen Europa

Eine Hausarbeit von:

Jan Sören Koch

XXX

XXX

XXX

XXX

Inhaltsverzeichnis

1. Vorwort	3
2. Politikverflechtung und Entscheidungslücke von Wolfgang Streeck	
4	
2.1 Einleitung	4
2.2 europäische Sozialpolitik zwischen Marktöffnung und Marktkorrektur	
5	
2.3 Entscheidung durch Nichtentscheidung	7
2.4 Politikverflechtung und Entscheidungslücke	9
3. Anmerkung und Kritik zu Text von Wolfgang Streeck	
10	
4. das Thema Nationale und Klasseninteressen im neuen Europa in der aktuellen Diskussion	
„Die postnationale Konstellation und die Zukunft der Demokratie“ von Jürgen Habermas	
4.1 Paßt der Nationalstaat noch zur Globalisierung?	
11	
4.2 Wie läßt sich globalere Politik herstellen?	
12	
4.3 Die EU als Beispiel einer postnationalen Demokratie	13
5. Wie kann die Zukunft der EU aussehen?	15
Quellenangaben	18

Vorwort:

Das Thema „Nationale und Klasseninteressen im neuen Europa“ interessierte mich sofort. Erstens weil ich mich schon lange damit beschäftigt habe, ob ein vereintes Europa zustande kommen kann, wie es dann politisch strukturiert ist, wann es möglich ist und welche Wege man einschreiten muß, damit sich kulturell so verschiedene Länder einander annähern. Und zweitens weil das Thema gerade sehr aktuell ist. Dies zeigt sich vor allem bei den diversen Diskussionen um die Einführung des Euro, der ja auf viele Widerstände seitens der Nationalstaaten trifft. Und von einigen Staaten, wie unter anderem von Großbritannien, zunächst abgelehnt wurde. Außerdem bin ich der Meinung, daß das „Unternehmen Europa“ zwar sehr schwierig zu realisieren ist, aber wenn es denn letztendlich erfolgreich ist und den sozialen und demokratischen Standards der heutigen westeuropäischen Nationalstaaten genügt, ein gewaltige politischer Leistung darstellt.

Bei der Vorbereitung der Hausarbeit hielt ich mich zunächst an den vorgegebenen Text von Wolfgang Streeck, den ich ja bereits für das Referat bearbeitet habe. Danach beschäftigte ich mich sowohl mit aktuellen Diskussionen in Fernsehsendungen und Zeitschriften als auch mit der Lektüre von anderen Autoren, die sich mit dem Thema beschäftigen. Schließlich habe ich mir selber überlegt, wie die Zukunft Europas wohl aussehen wird und welche Probleme es auf dem Weg zu dem neuen Europa geben wird.

Ich habe meine Hausarbeit zu dem Thema nationale und Klasseninteressen im neuen Europa in 2 große Teile geteilt.

Im 1. Teil fasse ich den Aufsatz von Wolfgang Streeck „Politikverflechtung und Entscheidungslücke“ zusammen, der das Thema meines Referates an dem Beispiel der europäischen Sozialpolitik ziemlich genau behandelt. Danach beleuchte ich diesen Text kurz aus meiner eigenen Sichtweise.

Im 2. Teil meiner Hausarbeit befaße ich mich mit der heutigen Diskussion zu dem Thema Globalisierung und habe mich dabei vor allem mit einer (recht aktuellen) Rede von Jürgen Habermas beschäftigt. Bei der Betrachtung dieser Diskussion legte ich einen Schwerpunkt auf die Betrachtung von den „Nationalen und Klasseninteressen im neuen Europa“, was ja das Thema der Hausarbeit ist.

Weiterhin habe ich mir dann selber Gedanken über die Zukunft der EU gemacht und überlegt wie eine erfolgreiche Europapolitik aussehen könnte.

Politikverflechtung und Entscheidungslücke von Wolfgang Streeck

Teil I: Einleitung

In der Einführung referiert Streeck die Thesen von Fritz Scharpf zur Politikverflechtung. Scharpfs erste These lautet: Die Zusammenhänge zwischen der EG und ihren Mitgliederstaaten sind vergleichbar denen zwischen der BRD und den Bundesländern. In seinen „frühen“ Studien (Ende der 70er Jahre) zur Politikverflechtung in der BRD zeigt Scharpf sich enttäuscht über die Starrheit der Entscheidungsfindung in diesem System. Die Immobilität der föderalen Systeme deprimierte ihn. Später erkannte Scharpf jedoch an, daß die langwierigen Verhandlungen in föderalen Regierungssystemen den Vorteil haben, daß sie einen stabilen Rahmen bieten, in dem (langsame) Reformen ausgehandelt wurden.

Bei Scharpfs Anwendung dieses Modells auf die EG lassen sich nach Streeck 4 Ansätze unterscheiden:

1. „Joint-decision trap“ (1988 Entscheidungsfälle): Dies ist ein wichtiger Erklärungsansatz von Scharpf für die Stagnation der EG am Anfang der 80er Jahre. Hauptproblem ist, daß die einzelnen Staaten ihre Souveränität mit allen Mitteln verteidigen und deswegen einer einheitlichen EG entgegenarbeiten. Dies führt zu dem Konflikt zwischen den gemeinsamen, (interdependenten) und den individuellen, einzelstaatlichen Interessen. Es entstehen „zwischenstaatliche Verteilungskonflikte“, die zu einer Politik führen, die für die EG als Ganzes schlechter ist, als die Politik eines europäischen Einheitsstaates. Laut Scharpf führt die Verpflichtung zu gemeinsamen Entscheidungen zu der Entscheidungsfalle (Joint-decision trap), die sowohl effiziente Problemlösungen als auch die weitere Entwicklung der EG blockiert. Für Scharpf ist der einzige Grund, warum die Europäische Gemeinschaft, trotz der notorischen Entscheidungsschwäche und Ineffizienz, überhaupt noch existiert, daß die entstehende Marktöffnung auch Vorteile bietet und daß die Europäische Ebene als „Haßebene“ für nationale Probleme erhalten kann.
2. In seinen späteren Analysen (1993) sucht Scharpf, laut Streeck, nach einer Lösung dieses Problems. Eine Möglichkeit die „Selbstblockierung durch mangelnde Zentralisierung“ aufzulösen sieht er in einem „rationalen Umgang mit Interdependenz“. Er will die Entscheidungsebene mehr auf die nationalstaatliche Ebene verlagern (Politikentflechtung) und er hofft darauf, daß die Staaten, mit dieser größeren Autonomie gemeinschaftsfreundlich umgehen. Die Autonomie der Staaten soll mit der Einheit der Europäischen Gemeinschaft vereinbar sein.

Ein andere Möglichkeit wäre die Kompatibilisierung der Koordinationsformen. Dies ähnelt der Normungsstrategie der EG, in der es darum geht, bestimmte Normen oder Standards (z.B. in der Umweltpolitik) in allen EG Ländern zu etablieren. Nur die Schnittstellen zwischen ansonsten unterschiedlichen Systemen sollen standardisiert werden.

1. Diese neue, dezentral angelegte Politik kann jedoch nur funktionieren, wenn sich die Mitgliedstaaten gemeinschaftsverträglich verhalten, was Scharpf durch das Etablieren von „Reservatrechten“ der einzelnen Mitgliedstaaten in den Gemeinschaftsverträgen erreichen will. Scharpf hofft erstens, daß so auf das aussichtslose Streben nach einem Zentralstaat aufgegeben wird, zweitens, daß die einzelnen Länder mit ihren daraus entstehenden Rechten mit Blick auf die Gemeinschaftsinteressen verantwortlich umgehen, und drittens, daß sich mit der Zeit daraus ein Vertrauensverhältnis bildet
2. Ein zusätzliches Argument gegen die europäische Zentralisierung sieht Scharpf laut Streeck in der mangelnden demokratischen Legitimation der europäischen Institutionen. So hat das Europäische Parlament, obwohl direkt gewählt, kaum Entscheidungsbefugnisse. Deshalb könnten bestimmte Entscheidungen auf europäischer Ebene nicht gefällt werden. Scharpf folgert, daß jede Einmischung in die Autonomie der Staaten undemokratisch wäre.

Scharpf entwickelte nun das Subsidiaritätsprinzip mit den Zielen, den legitimationsarmen transnationalen Entscheidungsprozeß zu entlasten und so die nationalstaatliche Demokratie zu schützen. Das Subsidiaritätsprinzip besagt, daß die übergeordnete Einheit (hier EG) nur die Aufgaben übernimmt, die die untergeordnete Einheit (hier Mitgliedsstaat) nicht wahrnehmen kann.

Nun schaut sich Streeck diese Theorie Scharpfs in Hinblick auf den Politikbereich der europäischen Sozialpolitik an, wobei er die These aufstellt, daß die konkrete transnationale Politikblockade nur durch Betrachtung ihrer jeweiligen politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse erklärt werden kann.

Teil II: Europäische Sozialpolitik zwischen Marktöffnung und Marktkorrektur

Im zweiten Teil seiner Arbeit beschäftigt sich Streeck mit der Analyse der Sozialpolitik als Musterbeispiel für Scharpfs Theorie der Entscheidungsfälle.

Hierzu stellte er sich anfänglich die Frage, wie gleich strukturiert die einzelnen Arbeitsmärkte sein müssen. Heute wird dazu gesagt, daß erstens heterogene Arbeitsbedingungen kein ernstes Hindernis für einen integrierten Arbeitsmarkt seien, und daß zweitens vollständig homogene Arbeitsbedingungen auch gar nicht machbar seien. Deshalb beschloß man, sich darauf zu beschränken, die Bewegungsfreiheit der Arbeitnehmer zwischen den Arbeitsmärkten zu sichern und auf eine umfassende Marktkorrektur zu verzichten. Im wesentlichen beschränkte sich die europäische Sozialpolitik also auf standardisierende marktöffnende Maßnahmen, die die Mobilität zwischen den unterschiedlich strukturierten Arbeitsmärkten sichern sollten.. Die einzige Erweiterung gelang dem europäischen Gerichtshof mit der Verpflichtung aller Mitglieder zur Einhaltung der europäischen Bürgerrechten.

Nun stellt sich natürlich die Frage, warum die europäische Sozialpolitik, obwohl sie sich an „Scharpfs Rat“ der Selbstbeschränkung so strikt gehalten hat, so erfolglos war. Der Grund hierfür liegt darin, daß Sozialpolitik als marktkorrigierende Verteilungspolitik verstanden wird. Die europäische Sozialpolitik greift ihre eigentliche Aufgaben also erst

gar nicht auf, verläßt sich fälschlicherweise auf die Selbstregulierung des Marktes und schafft somit ein transnationales Verteilungsproblem. Wenn eine Sozialpolitik kein Mindestmaß an Umverteilung bewirkt, so entsteht „negative Integration“. Dies hat zur Folge, daß die europäische Sozialpolitik stagniert und Frustration erzeugt, obwohl sie die nationalen Autonomien nicht antastet.

Streeck versucht dies damit zu erklären, daß europäische Sozialpolitik nicht nur als zwischenstaatliche begriffen werden kann, sondern auch soziale Interessen vermitteln muß und daß diese sozialen Interessengegensätze durch Nichteingreifen der Politik noch verschärft werden. In Verteilungskonflikte muß distributiv eingegriffen werden. Der Verzicht der Politik, distributiv und damit marktkorrigierend einzugreifen, stütze objektiv die Interessen der Wohlhabenden, drohe unsozial zu werden und zu Legitimationsverlust zu führen.

Streeck legt dar, daß die Bestrebungen für die Herstellung einer weitergehenden europäischen Sozialpolitik sowohl auf der föderalen als auch auf der klassenpolitischen Ebene stattfinden können und daß dementsprechend erstens die Souveranitätsinteressen der einzelnen Staaten und zweitens die Klasseninteressen der Unternehmer Hürden für die Entwicklung einer erfolgreichen europäischen Sozialpolitik sind.

Das Fehlen einer europäischen Sozialpolitik widerspreche jedoch der Tradition des europäischen Wohlfahrtsstaates, in der Mindeststandards und eine gewisses Minimum an sozialer Umverteilung garantiert wurde (Dies bezeichnet Streeck als substantielle Ebene der Demokratie). Es bestehe ein demokratisches Defizit darin, daß sich der supranationale Markt der Gesellschaft nicht unterordne und sich der Markt daher, wenn überhaupt, nur auf nationaler Ebene verändern lasse.

Streeck zieht den Schluß, daß Politikentflechtung die formale Dimension der nationalen Demokratie nur soweit schützt, wie sie die substantielle Dimension nicht antastet.

Scharpf erkennt, daß eine sich selbst beschränkende europäische Sozialpolitik die Gefahr, der „kompetitiven Deregulierung“ heraufbeschwört. Das heißt, daß der selbstregulierende gemeinsame Markt in die nationalen Systeme eindringt und die Klassenverhältnisse denen im transnationalen angeleglichen System werden. Dies führt zu einem Souveranitätsverlust für nationale Systeme, der größer ist als der, der bei einer distributiven Sozialpolitik entsteht. Dies stellt einen weiteren Grund für eine Erweiterung der europäischen Sozialpolitik da.

Einen Ausweg aus diesem Problem sieht Scharpf darin, daß die bisherige regulative Politik durch „korporatistische Prozesse der Normbildung, Normkonkretisierung und Normdurchsetzung“ ergänzt wird. Eine interessenpolitisch orientierte europäische Sozialpolitik mit dem Mittel des „supranationaler Korporatismus“ anstatt des Mittels des „supranationalen Staates“ soll gebildet werden. Europäische, nichtstaatliche Organisationen, womit hier vor allem europäische Gewerkschaften und Unternehmerorganisationen gemeint sind, sollen also die staatliche Sozialpolitik entlasten.

Dieser Ansatz, mit dem soziale Interessen nicht nur Betroffene sondern auch Träger der Verteilungspolitik sein könnten, wurde bereits im Vertrag von Maastricht verfolgt.

Streeck steht diesem Lösungsvorschlag jedoch eher skeptisch gegenüber. Das große Problem sieht er, wie er in dem nächsten Abschnitt noch genauer erläutert, in der strukturellen Unterlegenheit der Arbeitnehmer. Dies mache europäische Gewerkschaften bzw. eine gemeinsame europäische Politik der nationalen Gewerkschaften fast unmöglich und stehe somit einer wirksamen europäischen Sozialpolitik entgegen.

Teil III: Entscheidung zur Nichtentscheidung

Wie bereits festgestellt bildet sich die europäische Sozialpolitik sowohl aus dem Verhältnissen zwischen den Klassen als auch aus den Verhältnissen zwischen den Staaten. Deshalb müssen neben der zwischenstaatlichen Politikverflechtung auch die transnationalen Klassenbeziehungen betrachtet werden. Streeck betrachtet diese beide Beziehungen parallel, wobei er bei den Klassenbeziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern unterscheidet und sagt, daß es zwischen diesen beiden Lagern ebensolche logische Unterschiede gibt wie zwischen den 12 Mitgliedsstaaten, die zusammen zu dem bisherigen Mißerfolg der europ. Sozialpolitik führten. Es gibt also nicht nur zwischen den Staaten, sondern auch zwischen den sozialen Parteien Konfliktpotential. Dabei sagt er, daß prinzipiell beide Klassen die Wahl haben zwischen einer überstaatlichen Klassenpolitik oder einer Klassen überschreitenden nationalen Politik.

Streeck stellt die strategischen Optionen der beiden Klassen in einem Schaubild dar:

	klassenpolitische Strategie	nationale Strategie
A r b e i t e r	supranationale Marktregulierung; Verhinderung von Systemwettbewerb um mobiles Kapital	Nationale Prosperität durch hohe Wettbewerbsfähigkeit heimischer Unternehmen; Stabilität und Autonomie nationaler Institutionen
K a p i t a l	Abbau von Mobilitätshindernissen und Marktausweitung bei Vermeidung transnationaler „Marktverzerrung“ durch supranationalen Wohlfahrtsstaat	Machtverschiebung in nationalen Systemen zugunsten von Unternehmen und Investoren durch kompetitive Deregulierung

Das große Problem liegt jedoch darin, daß die Arbeitnehmer, bei der Verfolgung ihrer Strategien strukturell benachteiligt sind. Vor allem die transnationale Strategie der Arbeitnehmer ist sehr viel schwieriger zu verwirklichen als die der Arbeitgeber. Der

Grund dafür ist, daß den Arbeitgebern eine Beibehaltung des Status quo genügt, während die Arbeiter unbedingt eine strukturelle Veränderung erreichen müssen, um ihre Interessen zu wahren. Während die Unternehmer, wenn überhaupt, nur Marktöffnungspolitik betreiben, müssen die Arbeiter Europas, eine aktive internationale Interessenpolitik verfolgen, die die Errichtung zentraler politischer regulierende Institutionen zum Ziel haben muß. Ein weiteres Problem liegt darin, daß diese zentrale Organisationen oft am Widerstand der auf Souveränität pochenden Nationalstaaten scheitern.

Die arbeitnehmerfreundliche Veränderung transnationaler Institutionen bzw. die Herausbildung entsprechender neuer Institutionen wird dadurch erschwert, daß ein einziges Land diesen Plan durchkreuzen kann (Vetorecht) und der geringen Akzeptanz der europäischen Institutionen.

Auch in der internationalen Beziehung zwischen den beiden Klassen sind die Arbeitnehmer eindeutig benachteiligt, da sie einen organisierten Gesprächspartner benötigen. Allerdings hat der europäischer Dachverband der Unternehmer (UNICE) als potentieller Verhandlungspartner keinerlei Verhandlungskompetenzen und will diese auch gar nicht, da erfolglose Verhandlungen den Unternehmern zugute kommen. Transnationale Verhandlungen scheitern daran, daß die Arbeitgeber keine kollektiven Interessen haben, die sie in Kooperationen mit den Gewerkschaften verfolgen könnten. Dies führt dazu, daß den Arbeitnehmerorganisationen ihr transnationaler Verhandlungspartner fehlt und sich die auf nationale Kooperationen beschränken.

Streeck führt 4 Gründe an, warum die europäischen Arbeitnehmer in ihren Interessen durch die Blockierungsstrategie der Unternehmer so benachteiligt werden.

1. Die teilweise drastischen Unterschiede in den Volkswirtschaften der verschiedenen Länder können dazu führen, daß die Arbeiter der ärmeren Länder Angst bekommen, daß die Schaffung einheitlicher Produktionsregeln nur ein Schutz der reichen Gesellschaften vor Arbeitsplatz und Investitionsabwanderung ist. Diesen „wirtschaftlichen Nationalismus“ kann man, nach Streeck, durch ausreichende Umverteilung in die ärmeren Länder und einer daraus resultierenden größeren Vertrauensbasis, verhindern. Diese „Umverteilungspolitik“ ist jedoch, aufgrund der Politikverflechtung, außerordentlich schwer zu realisieren.
2. Die Schaffung einer funktionierenden supranationalen Gewerkschaft ist nur durch eine umfassende Umstrukturierung der bisherigen, im jeweiligen Nationalstaat gewachsenen, Gewerkschaften möglich. Außerdem werden die Interessen der Länder, deren Gewerkschaftsstruktur sich durchsetzt, bevorteilt, und die Mitglieder der „schwächeren“ Gewerkschaften werden der Integration entgegenarbeiten, da ihre Zukunft in der „vereinigten“ Gewerkschaft ungewiß ist. Dieser „institutionelle Nationalismus“ hat zur Folge, daß es zwischen den verschiedenen Gewerkschaften zu derselben „Logik der Unterschiedlichkeit“ und zu denselben Integrationsproblemen kommt, wie den zwischen den Nationalstaaten.
3. Die Probleme des wirtschaftlichen und institutionellen Nationalismus werden dadurch verstärkt, daß die Arbeitgeber auf nationaler Ebene Kompromisse eingehen, um die

Arbeitnehmer davon abzuhalten, sich supranational zu organisieren. Nationale Kompromisse schwächen das Ziel des einheitlichen Staates, da die Arbeitgeber den Arbeitnehmern die Arbeitnehmerschaft des anderen Konkurrenzlandes als Feind hinstellen. Dies führt dazu daß ein einheitlicher europäischer Staat unwahrscheinlicher wird, und da gleichzeitig der europäische Markt immer einheitlicher wird werden die Unternehmer noch machtvoller werden. Außerdem gilt hier auch das „Vetoprinzip“. Sobald eine wichtige Gewerkschaft sich für nationale Kooperationen entscheidet, sind alle anderen gezwungen ebenso zu verfahren und die transnationale Klassenpolitik ist gescheitert.

4. Es kommt noch hinzu, daß auch die nationalen Regierungen eine nationale Lösung präferieren und bei der Kooperation zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern vermitteln und subventionieren. Die meisten Regierungen sehen ihre Aufgaben in der Sicherung der Souveränität und des sozialen Friedens im Lande und beides ist mit der nationale Strategie relativ einfach möglich. Im Gegensatz dazu ist die supranationale Strategie relativ schwer zu realisieren und wird wohl alleine deshalb nicht verfolgt werden, da eine mißglückte supranationale Politik, die Abwahl der Regierung zur Folge haben könnte.

Teil IV: Politikverflechtung und Entscheidungslücke

In dem Schlußabsatz seines Aufsatzes faßt Streeck kurz seine bisher vorgebrachten Argumente zusammen und versucht anschließend ein Fazit zu ziehen.

Zunächst wiederholt Streck, daß die Gründe für das Stagnieren der Entwicklung des europäischen Einheitsstaats einerseits in den zwischenstaatlichen Prozessen (Schutz der Souveränität) aber andererseits auch in der Tradition des Verständnisses von Integration als „Marktöffnung ohne Marktkorrektur“ liegen.

Streeck führt aus, daß das Unternehmerinteresse zur Deregulierung des transnationalen Marktes auf 2 Arten unterstützt wird. Erstens bewirkt die negative Integration, daß sie zur Erreichung ihrer Ziele, also zur Verhinderung marktkorrigierender legislativer Akte, nur das „Veto“ eines Landes benötigen. Zweitens können die Kapitalisten durch einfache Verweigerung die Entstehung einer funktionierenden europäischen Sozialpolitik verhindern. Dies führt zu einer Verstärkung der Entscheidungsfalle. Die Mischung aus einer sich auf Marktöffnung beschränkenden transnationalen Politik und der strukturellen Überlegenheit der Nichtentscheidungsstrategie der Unternehmer zerstört jeden Versuch, europäische Sozialpolitik und damit Marktkorrektur zu verwirklichen.

Nunmehr verweist Streeck darauf, daß der Schutz der nationalen Demokratien nicht alleine ausschlaggebend für den Integrationsprozeß ist, sondern daß vielmehr, normativ gesehen, der Schutz der sozialen Marktwirtschaft und des damit verbundenen Wohlfahrtsstaates ebenso wichtig ist. Diesem Zusammenhang wird Scharpfs Ansatz nicht gerecht. Seine Vorschläge zur Demokratiesicherung (z.B. Politikentflechtung) sichern die soziale Demokratie weder auf nationaler noch internationaler Ebene.

Es ist sogar so, daß gerade die politischen Anpassungen die, nach Scharpf, wichtig sind für die Verteidigung der nationalen Demokratie die soziale Demokratie international

verhindert und national zersetzt. Also würden Scharpfs Ansätze eine, zwar demokratisch legitimierte, aber unsoziale Demokratie zur Folge haben. Dies ist bei den europäischen Bürgern jedoch nicht durchsetzbar, da hierzulande an die Demokratie höhere Anforderungen gestellt werden.

Dies erkennt auch Scharpf und schlägt eine maßvolle europäische Re-Regulierung vor. Die EG soll jedoch auf keinen Fall so stark werden, daß sie die nationalen Demokratien beeinträchtigen könnte. Sonst bestünde die Gefahr, daß die EG zu stark für die nationalen Demokratien aber zu schwach für eigene transnationale Politik werde. Eine Lösung für diese Problem existiert noch nicht

Abschließend stellt sich Streeck die Frage, ob nicht eher die Gefahr darin besteht, daß die Nationalstaaten aufgrund der ökonomischen Beziehungen zu schwach geworden sind, Probleme effizient zu lösen, aber so stark bleiben, daß sie eine internationale Kontrolle über die europäischen Wirtschaft verhindern können. Streeck dreht also Scharpfs Fragestellung um, und ist der Überzeugung, daß nur eine stärkere EG (bzw. Heute EU) die Zukunftslösung für Europa ist.

Anmerkungen und Kritik zu Text von Wolfgang Streeck

Im allgemeinen finde ich die Argumentation, mit der Wolfgang Streeck an die Ansichten von Fritz Scharpf herangeht sehr fundiert.

In dem 1. Teil erläutert er, leicht verständlich, die Arbeiten von Scharpf zur Politikverflechtung und die Anwendung dieses Modells auf die europäische Union. An Scharpfs Thesen finde ich manches, wie zum Beispiel die Forderung nach einer dezentral angelegten Politik, gelungen. Bin jedoch der Meinung, daß eine Entscheidungsverlagerung auf die nationalstaatliche Ebene keine Lösung darstellt.

Auch Streecks Übertragung von Scharpfs Theorie der „joint decision-trap“ auf den Bereich der Sozialpolitik und seine Kritik an der jetzigen Form der europäischen Sozialpolitik ist ziemlich schlüssig. Vor allem seine These, daß für eine funktionierende europäische Sozialpolitik neben den Souveranitätsinteressen der Staaten auch die Klasseninteressen von Bedeutung sind, finde ich interessant.

In diesem Abschnitt hatte ich lediglich manchmal Probleme zu erkennen ob die Aussagen, die er darlegt noch zu Scharpf gehören, oder ob dies bereits eigene Weiterentwicklungen zu Scharpfs Arbeiten sind.

Auch der 3. Teil seiner Arbeit, wo er die strukturelle Unterlegenheit in der Strategieverfolgung der Arbeiter gegenüber den Unternehmern darstellt, ist, meiner Meinung nach, sehr gelungen. Hier kann man, anhand Streecks Ausführungen, schön nachvollziehen, wieso das Ziel einer weitreichenden umverteilenden Sozialpolitik nur sehr schwierig zu erreichen sein wird.

Etwas schade finde ich hingegen, daß Scharpf sein Fazit etwas knapp hält. Es wäre für mich interessiert gewesen, wenn er zumindest etwas detaillierter bestimmte Lösungswege beschreibt. Statt dessen begnügt er sich damit, Scharpfs Theorien aufzuzeigen und deren Vor- und Nachteile zu beschreiben. Er hätte vielleicht die verschiedenen Möglichkeiten, die Scharpf er selber sieht (z.B.: Bildung von supranationalen Korporationen oder europäische Umverteilung) genauer hinterleuchten sollen. Man merkt deutlich daß er eine eher skeptische Position in Hinblick auf die gesamteuropäische Zukunft vertritt. Allerdings sagt er selber, daß die Nationalitäten in Zukunft so nicht mehr überleben können und daß die politische Globalisierung Europas der wirtschaftlichen Globalisierung folgen muß. Wie dies jedoch erfolgreich geschehen kann weiß man nach der Lektüre des Textes noch nicht, lediglich was für große Steine einer europäischen Einigung in den Weg gelegt werden.

Anmerkung: da Streeck in seiner Arbeit noch mit dem alten Begriff der europäischen Gemeinschaft arbeitet, habe ich dies im 1. Teil so übernommen, bei meiner eigenen Analyse benutze ich jedoch nun die aktuelle Sprechweise der europäischen Union.

Das Thema Nationale und Klasseninteressen im neuen Europa in der aktuellen Diskussion

Im folgenden will ich kurz die Rede von Jürgen Habermas vom 5 Juni auf dem „Kulturforum der Sozialdemokratie“, auf dem unter anderem auch Gerhard Schröder war, auf das Thema meiner Hausarbeit beziehen.

In dieser „Berliner Rede“ beginnt Habermas mit der Feststellung, dass die alten Westeuropäischen Demokratien, die in den Nationalitäten gewachsen sind, durch den aktuellen Prozeß der Globalisierung in Bedrängnis geraten sind. Nun stellt er drei Überlegungen an, mit denen er seine Rede strukturiert.

Zunächst fragt er sich, inwiefern der Globalisierungsprozeß die Legitimation der Nationalstaaten antastet. Als zweites überlegt er sich, ob es möglich und wünschenswert ist, daß die Politik dem bereits geöffneten Markt nachwächst. Zum Schluß beschäftigt er sich mit der Zukunft der EU und der Perspektive einer „Weltinnenpolitik ohne Weltregierung“.

Paßt der Nationalstaat noch zur Globalisierung?

Für Habermas ist Globalisierung die Beschreibung eines Prozesses, der im 19. Jahrhundert mit der Verbesserung der Verkehrs- und Kommunikationsmöglichkeiten anfang und den man heute unter anderem an seinen Ausprägungen des Massentourismus und des grenzüberschreitenden Risikos der Umweltverschmutzung erkennen kann. Für Habermas ist „Netzwerk“ der Schlüsselbegriff. Er sagt, dass das internationale Netzwerk im verlaufe dieses Prozesses immer wieder erweitert und verdichtet wurde. Der wichtigste Aspekt der heutigen Globalisierung ist der ökonomische. Es gibt einerseits immer mehr Unternehmen, die die ganze Welt mit ihren Gütern beliefern und in vielen Ländern Produktionsanlagen haben und andererseits ermöglichen die elektronisch vernetzten Finanzmärkte erheblich schnellere Kapitalbewegungen, so daß unter Ökonomen bereits von der neuen Form der „globalen Ökonomie“ gesprochen wird. Da dieser Prozeß Raumschranken und Staatsgrenzen zugunsten einer zunehmenden Relevanz von Schnelligkeit aufhebt, wird die Legitimität der territorialen Beschränkung der Nationalstaaten in Frage gestellt.

Nun schaut sich Habermas die Auswirkungen der Globalisierung auf den Verwaltungsstaat, auf die Souveränität des Territorialstaates, die kollektive Identität und die demokratische Legitimität des Nationalstaates an.

Die öffentliche Verwaltung, so Habermas, hat bisher an Effektivität noch nichts verloren. Allerdings zeigen die Bereiche Umweltverschmutzung und organisierte Kriminalität, daß man längst nicht mehr alle Probleme im nationalstaatlichen Rahmen lösen kann. In diesen Bereichen muß der Nationalstaaten Kompetenzen an ein globales Umweltregime oder eine globale Polizei abtreten. Auch in Steuerfragen ist die Unabhängigkeit des Staates von seinen Nachbarländern nicht mehr gegeben, da die Großunternehmen eine hohe Steuerlast mit Kapitalabwanderung quittieren.

Der idealtypische völlig souveräne Nationalstaat, der in der Staatenwelt ohne Interaktion mit seine Nachbarn agieren kann, ist heute natürlich völlig unpassend. In der, sich immer weiter verflechtenden, Welt, entstehen neue Bündnisse wie NATO oder eben

EU, deren Grenzen ebenso wichtig werden, wie nationale Grenzen. Es entstehen globale Regime, die die Effizienzverluste der Nationalstaaten zu schließen versuchen und dies auch, zumindest in einigen Bereichen, können. Allerdings fehlt diesen internationalen Kooperationen jegliche Legitimationsgrundlage, die die Nationalstaaten bisher auszeichnete.

Fraglich ist, inwiefern sich die politische Integration der Bürger, die ja eine der größten Errungenschaften des Nationalstaaten war, durch die Globalisierung ändert. Habermas führt hierzu an, daß sowohl der Haß und Gewalt der hierzulande Ausländern und Randgruppen entgegen schwappt als auch die unsolidarische Politik gegenüber Ausländer (Festung Europa) und ärmeren Regionen (z.B. Lega Nord) zeigt, daß es nicht leicht wird den Nationalstaat langfristig zugunsten einer globaleren und multikulturelleren Politik zu schwächen und gleichzeitig eine neue sozialere Identität in den Köpfen der Bürger zu bilden. Diese Integrationsprobleme zu lösen ist, so Habermas, eine echte Herausforderung für die Nationalstaaten. Diese Lösung könnte darin bestehen, das der demokratische Prozeß dort einspringt, wo die soziale Integration versagt hat und eine neue politische Kultur bildet, die von der Mehrheitskultur losgelöst ist und in der gleiche kulturelle Rechte gesichert werden müssen.

Nun überlegt sich Habermas wie sich der Globalisierungsprozeß auf die demokratische Legitimität des Nationalstaates auswirkt. Hierzu sagt er, daß ein großer Teil der Legitimität eines Staates von einer gerechten Verteilung der Rechte unter den Bürgern abhängt. Daraus folgt, daß nur ein Sozialstaat, der eine vernünftige, umverteilende, Sozialpolitik betreibt, zu der neben Arbeitsmarkt- Jugend- und Bildungspolitik auch alle politischen Aktivitäten gehören, die kollektive Güter bereitstellen und das Existenzminimum sichern, eine breite Vertrauensbasis in der Bevölkerung finden kann. Leider, so führt Habermas weiter an, gab es in den letzten 20 Jahren, vor allem in den USA und England, einen Rückgang des Sozialstaates. Ein Grund hierfür liegt darin, daß sich die nationalen Regierungen dem Druck der globalisierten Märkte beugen und deshalb immer stärker die Kontrolle über die Sozialgesetzgebung an die Unternehmen verlieren. Und die Unternehmer müssen, da sie einem globalen Standortwettbewerb unterworfen sind, die Produktivität steigern und dies hat Massenentlassungen oder zumindest nur sehr geringen Lohnabschlüsse durch Androhen eben dieser Kündigungen gegenüber der lokalen Gewerkschaft. Am Ende des ersten Abschnittes seiner Rede zeichnet Habermas einen Teufelskreis, der darin besteht, daß eine höhere Arbeitslosenzahl, überlastete Sicherungssysteme (Rente, Bildung), und weniger Einnahmen des Staates, dazu führen, daß wachstumsfördernde Maßnahmen seitens des Staates um so nötiger werden, je schwieriger sie zu finanzieren sind.

Wie läßt sich globalere Politik herstellen

Habermas erwähnt zunächst, daß die supranationale Ebene den Machtverlust der nationalstaatlichen Politik, den der globale Markt verursacht hat, noch nicht auffangen kann. Momentan versuchen die Regierungen durch eine Unternehmerfreundliche Politik, die zu einem auseinander klaffen der Einkommensschere, zu einer hohen Arbeitslosigkeit zu einer Entpolitisierung des Volkes führt, sich der neuen

Weltmarktsituation anzupassen. Auch werden die politischen Programme immer weniger inhaltlich, was man daran sieht, daß sich die großen Volksparteien immer mehr annähern und sich hauptsächlich an der Forderung nach einem Politikwechsel oder eben einer Politikkontinuität richten. Dies hat zur Folge, daß das Protestwählerpotential bei den Wählern immer größer wird. Nun führt Habermas zwei Strategien an, mit denen die Politiker auf den Bedeutungsverlust der Nationalstaaten durch die Globalisierung reagieren. Da wäre einmal die defensive Rhetorik, die den Prozeß verteufelt und die Grenzen gegen die hereinbrechende „Brandung“ schließen will und die offensive Rhetorik, die die territoriale und soziale Öffnung begrüßt und jede Staatsgewalt ablehnt. Habermas erklärt, daß jedes dieser Modelle eine zu einseitige Sicht aufweist. Vielmehr muß man sich überlegen, wie man den nationalen Kompetenzverlust durch internationale politische Organisationen adäquat ersetzen kann.

Hier entwickelt er die Theorie einer sich öffnenden und schließenden Politik. Hierunter versteht er, daß sich die sich öffnen soll und sich auf einer globaleren Ebene zu reorganisieren und neu zu schließen, um nicht ins Anonyme abzurutschen. Er sagt, daß sich dies bereits, auf einer regionaleren Ebene, seit dem Mittelalter so abgespielt hat. So wurde zum Beispiel aufgrund der Industrialisierung die traditionelle Großfamilie, durch die städtische Kleinfamilie abgelöst und es bildeten sich aus kleinen Fürstentümern große Nationalstaaten. Eine Öffnung der Lebenswelt gibt es, nach Habermas, immer dann, wenn die Moderne Entwicklung nötig macht. Wenn man diese Theorie auf die Gegenwart überträgt, so würde also die Globalisierung dazu führen, daß das traditionelle Bild des Nationalstaates, zumindest partiell, aufgegeben werden müßte, eine übergeordnete politische Einheit, z.B. eine sehr viel stärkere EU, entstehen müßte und man versuchen müßte in den neuen Grenzen eine, neu strukturierte solidarische, Lebensform zu erstellen. Denn dieser Prozeß kann nur erfolgreich sein, wenn das Endergebnis nicht zwanghaft aufgezwungen, sondern von der breiten Basis der Bevölkerung mitgetragen wird. Habermas würde einen solchen Prozeß als die Öffnung der 2. Moderne bezeichnen. Allerdings muß man auch die Gefahren einer solchen Öffnung betrachten. So könnte das Ende der herkömmlichen nationalstaatlichen Politik dazu führen, daß der neue Staat Europa eine schwächere Stellung hat als bisher die Nationalstaaten, was vor allem dem Markt begünstigen könnte. Zusammenfassend erläutert Habermas, daß man der Herausforderung, die die Globalisierung bietet, nur dann erfolgreich lösen kann, wenn die neue postnationale Gesellschaft durch eine neue demokratische Politikform gesteuert wird.

Die EU als Beispiel einer postnationalen Demokratie

In diesem Kapitel bezieht Habermas sein Modell einer transnationalen Demokratie auf die Europäische Union. Nun stellt er vier Hauptfragen dar, die bei der Europäisierung beachtet werden müssen.

Zunächst erwähnt er die These vom „Ende der Arbeitsgesellschaft“. Er sagt hierzu, daß das alte politische und soziale Ziel der Vollbeschäftigung aufgrund des Bedeutungsverlustes der Erwerbsarbeit für die Gesellschaft allein nicht mehr ausreicht, sondern durch Reformen ergänzt werden muß, die nur auf supranationaler Ebene

realisiert werden können. Den zweiten Streitpunkt sieht er in der Abwägung zwischen Markteffizienz und Verteilungsgerechtigkeit. Die Frage besteht also darin, ob wie die Neoliberalisten meinen der Markt Gerechtigkeit erzeugen kann, oder ob ein neuer Staat hier distributiv eingreifen muß, was dann natürlich erforderlich macht, daß ein solcher supranationaler Staat existiert. Drittens stellt sich die bereits erwähnte Frage, ob eine mit mehr Kompetenzen versehene EU den nationalstaatlichen Machtverlust auffangen kann. Dies sollte man, so Habermas, an der Funktionsfähigkeit einer europäischen Sozialpolitik testen. Die letzte Frage die er sich stellt ist die ob die EU, durch Bildung einer gemeinsamen europäischen Identität, genug Legitimation bekommen kann. Ein eventueller europäischer Bundesstaat ist nur machbar, wenn diese Frage bejaht werden kann. Man muß sich über diese Fragen im Klaren sein, um die europäische Gesellschaft zu einem, wie auch immer gearteten Staat, erfolgreich zu „schließen“.

Im Rahmen seiner Rede konzentriert sich Habermas nun auf eben diese letzte Frage. Er sagt, daß die Region Europa den Vorteil hat, daß man bereits heute untereinander ziemlich verflochten und somit vom globalen Wettbewerb relativ unabhängig ist. Allerdings braucht eine sozial- und wirtschaftspolitisch funktionsfähige EU neben dieser ökonomischen Grundbedingung auch eine kollektive Identität als „Europabürger“. Jedoch, so schränkt Habermas ein, sollen die Völker nicht zugunsten einer Nation „Europas“ eingeebnet werden. Vielmehr soll ein föderalistisches Europa, mit einer ganz neu gefaßten Verfassung, die die Bedeutung des Grundgesetz haben soll, entstehen. Auch wird die nur indirekt demokratisch legitimierte Kammer der Regierungsvertreter stärker bleiben als das, direkt demokratische, europäische Parlament. Die kollektive Identität der EU-Bürger ist auch nötig, um in der ganzen EU zumindest annähernd gleiche Arbeitsbedingungen und Sozialleistungen zu installieren. Jedes Mitgliedsland soll mit der Zeit die Kompetenzen an Europa abtreten, die die inneren Angelegenheiten der anderen Länder beeinflussen. Fraglich ist, ob und wenn ja wie es gemeinsame Praxis der Meinungs- und Willensbildung entstehen kann.

Europaskeptiker gehen davon aus, daß sich die Solidarität in einer Nation nur in einer gewachsenen Gemeinschaft bildet. Dies sieht Habermas jedoch anders. Er sagt, daß sich der moderne Verfassungsstaat aus Rechtsgenossen bildet und daß ein Volk ein Miteinander aus Rechten und Pflichten ist, wobei sich diese Rechte und Pflichten durch ihre Kompatibilität für alle Bürger auszeichnen. Habermas zieht einen Vergleich mit dem Deutschland des 19. Jahrhunderts, indem es ja geschafft wurde eine Nation zu bilden und das bisher lokal gerichtete Denken der Bevölkerung zu überwinden und fragt wieso dies nicht heute mit dem Ziel einer einheitlichen europäischen Identität auch möglich sein soll. Ein einheitliches europäisches Parteisystem

Wie kann die Zukunft der EU aussehen?

Meiner Meinung nach ist es ein stärkeres Europa unbedingt notwendig. Dafür gibt es sowohl soziale, politische als auch ökonomische Gründe. Wie Streeck ist es unabdingbar daß der ökonomischen Globalisierung eine umfassende politische Globalisierung folgt. Die alte Form der nationalstaatlichen Politik ist heute aufgrund überstaatlicher Probleme wie Umweltverschmutzung oder Kapitalflucht nicht mehr möglich und wird auch bereits heute nicht mehr in alter Form angewandt.

Transnationale Interaktionen werden aufgrund der rasch verbesserten Infrastruktur und den neuen Kommunikationsmedien, die, wie Habermas betonte, die alten Nationalgrenzen überflüssig machen. Eine funktionierende Politik muß, meines Erachtens weitgehende Kooperationen mit den Nachbarländern betreiben. Eine europäische Politik sollte einen Gegenpol gegen die allmächtigen großen Unternehmen bilden, die gegenüber den nationalen Regierungen und Gewerkschaften oft genug Erpressungen („wenn ihr die Steuer (Löhne) erhöhen müßt, müssen wir leider diese Werk schließen und in China produzieren“) durchführen.

Auch aus sozialen Aspekten ist ein einheitliches Europa wichtig. Ziel muß es sein, daß langfristig alle Bürger der EU die gleichen Rechte und Pflichten haben. Europa kann nur funktionieren wenn nicht ein Teil Europas auf die Arbeits- und Sozialrechte des andern Teils Europas neidisch sein muß. Auch kann man die EU, wenn sie denn so klappt, als Modellversuch für den Gedanken der „gleicheren Welt“ nehmen.

Sehr viel weniger idealistische Gründe für eine starke EU sind die ökonomischen Möglichkeiten, die sich dann bilden. Ein einheitliches Europa, in dem es keine Zölle und ein einheitliches Steuersystem gibt, bietet auch einen größeren Absatzmarkt und einen Vorteil gegenüber Produkten, die von außerhalb der EU in die EU exportiert werden. Ich kann mir vorstellen, daß ein solch starkes Europa wirtschaftlich mit den USA und Japan zumindest gleichzieht und daß ein starker EURO eine ähnliche Stellung bekommen kann wie heute der Dollar. Auch wird die Entstehung von großen Gemeinschaftsprojekten, wie es sie bereits in der europäischen Luft- und Raumfahrt gibt, wohl noch wesentlich einfacher werden. Es würden erheblicher Kosten eingespart wenn zum Beispiel nur noch eine Eisenbahn entwickelt werden müßte, die dann auch mit sehr viel weniger Konkurrenz im nicht europäischen Ausland verkauft werden könnte. Und vor allem bei der Armee, die im Nationalstaat mit den größten Etat hat, ließe sich durch ein gesamteuropäisches Militär unglaubliche Gelder einsparen. Ich schätze, daß man die dann noch verbliebenen Grenzen locker mit der Hälfte an Personal- und Materialkosten bewachen kann. Auch wenn dies wohl erst dann kommen wird, wenn sich ganz klar abzeichnet, daß das neue Europa ein Erfolg sein wird.

Unklar ist es mir noch wie so ein einheitliches Europa schließlich aussehen wird. Auf jeden Fall muß es sich um einen föderal strukturierten Staat handeln. Es könnte so werden, das die europäische Politikebene auf die bisherige (nationale) Politikstruktur in Staat, Land und Kommune (am Beispiel Deutschland) aufgestülpt wird. Dies würde zur Folge haben daß die staatliche Ebene einiges Macht an Europa abtreten muß, während die Bundesländer und Kommunen wohl die gleichen Aufgabenbereiche haben werden. Von Brüssel aus kann und will gar nicht entschieden werden ob die B1 jetzt 3 oder 4-spurig wird. Mittelfristig an einen solchen Staat Europa zu glauben, fällt mir allerdings

schwer, obwohl ich ihn, unter bestimmten Bedingungen, sicher begrüßen würde. Aber der Widerstand den „so geliebten Nationalstaat“ aufzugeben ist bei einer breiten Bevölkerungsschicht wohl noch zu hoch. Deshalb sollte man versuchen, mit kleinen Schritten der Europäisierung mit dem Anfang der gesamteuropäischen Währung das Mißtrauen langsam aber sicher abzubauen. Das wohl erst einmal realistischere Ziel sollte wohl Europa als zunächst lockeren und dann immer fester werdenden Staatenbund vorsehen. Mit der Zeit sollte einem durch Direktwahl demokratisch legitimierten europäischen Vertretungsorgan (das europäische Parlament ist momentan nicht geeignet, da er im Vergleich mit dem nur indirekt demokratisch legitimierten europäischen Rat, der aus den Staatschefs der Mitgliedsländer besteht, zu schwach ist) immer mehr Kompetenzen von den nationalen Regierungen abgetreten werden.

Vor allem sollte die EU in den Bereichen Kompetenzen bekommen, die Probleme globaler Art anfassen. Dazu gehören natürlich vor allem die Umweltpolitik und die Sozialpolitik. Ziel sollte es hier sein, daß alle Länder die gleichen (hohen) Umweltstandards haben und daß sie in etwa gleich gute Sozialleistungen bieten. Dies läßt sich nur dadurch bewerkstelligen, daß die momentan reicheren Länder den ärmeren Mitgliedern ausreichend zweckgebundene Finanzmittel zur Verfügung stellen oder daß die erste Stufe der „europäischen Einheit“ ohne die finanzschwachen Länder wie Portugal oder Griechenland stattfindet. Ich würde natürlich die erstere Lösung befürworten, da sich die anderen Länder sonst ausgegrenzt fühlen und die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinanderklaffen wird. Allerdings sehe ich schwarz, was die Bereitschaft der Bürger und Politiker zu solchen Abgaben angeht, wie man an der mangelhaften Finanzierung der Entwicklungspolitik sehen kann. So wurde das große Ziel, daß einen Entwicklungshilfeanteil von 0,7% am BSP vorsah von fast allen Länder, mit Ausnahme der skandinavischen Länder und den Niederlanden weit verfehlt. So lag 1996 der Anteil der deutschen Entwicklungshilfe am BSP bei gerade einmal bei 0,31%, was allerdings von Japan(0,2%) und den USA (0,12%) noch deutlich unterboten wird.

Eine Möglichkeit wäre, den Versuch Europa mit einigen Ländern zu starten, gleichzeitig aber die anderen „europawilligen“ Länder möglichst rasch an dieses Projekt heranzuführen.

Ein erstes Ziel sollte es sein, daß sich die Interessen der einzelnen Nationalstaaten immer mehr angleichen. Bestimmte Normen und Standards sollten von den Mitgliedsländern übernommen werden. Dies ist zum einen zwingend notwendig für eine (wie auch immer geartete) einheitliche Europapolitik, und zum andern kann nur dies langfristig dazu führen, das so etwas wie ein „Einheitsgefühl“ entsteht. Auch wenn man dieses Gefühl nicht überhand nehmen sollte, denn ein isolierter Nationalstaat auf europäischer Ebene, mit denselben rassistischen Ausprägungen wie heute, kann sicherlich nicht das Ziel sein.

Wenn nur wirklich jedes Land ähnliche Interessen verfolgt, dann bleibt immer noch das Problem, um auf Streecks Arbeit zurückzukommen, das die verschiedenen Klassen verschiedenen Interessen verfolgen. Und ich könnte mir denken, daß es da erhebliche Probleme gibt. Denn das neue Europa wird sicherlich von den Bürgern der reicheren

Länder nur anerkannt, wenn sowohl die Sozialstandards als auch die Wettbewerbsfähigkeit erhalten bleibt.

Ein Problem sehe ich, ebenso wie Streeck, darin, daß die Unternehmerseite die europäische Einheit zumindest nicht aktiv unterstützt, da sie Ihren globalen Markt ja bereits haben. Auch was die Erstellung einer einheitliche europäische Gewerkschaft angeht sehe ich, in naher Zukunft schwarz, da selbst die jetzigen nationalen Gewerkschaften nicht sehr mächtig sind, und die Arbeitervertretungen wohl eher kurzfristig nach Lohnerhöhungen streben als auf eine, langfristig sicher bessere, europäische Gewerkschaft. Eine Lösung für die Erstellung einer transnationalen Gewerkschaft sehe ich (ganz im Gegensatz zu Streeck) darin, daß sie vom europäischen Staat selbst zusammenberufen, gestützt und vor allem in den Auseinandersetzungen mit der Industrie nicht fallengelassen wird.

Allerdings muß man davor warnen, daß man mit der Strategie „Europa um jeden Preis“ vorgeht. Denn eine solche überstürzte Politik birgt zahlreiche Gefahren (siehe unten) in sich, die man damit minimieren muß, daß man eine langsame aber zielsichere Strategie verfolgt, die sich auf ein breites Vertrauen in der Bevölkerung stützt und von möglichst allen demokratischen Parteien mitgetragen wird. Sollte der europäische Einigungsprozeß zu rasant vor sich gehen, wird es wahrscheinlich zu denselben Problemen kommen, wie es sie bereits nach der deutschen Einheit gab, nur in vermutlich noch weit größeren Ausmaß.

Auch sollte die Politiker wissen, daß eine mißlungene Europapolitik verheerende Wirkung haben kann, und daß jeglicher Gedanke an Machtpolitik auf europäischer Ebene fehl am Platz ist.. Sollte es in den ersten Europajahren zum Beispiel zu einer noch höheren Arbeitslosigkeit kommen so wird das gesamte Modell wohl arg ins Schleudern kommen, zumal es bereits jetzt zahlreiche Skeptiker gibt, die eine solche Situation ausnutzen werden. Ein gescheiterter europäischer Einigungsprozeß wohl die große Gefahr des (noch weit stärkeren) Aufkommen von rechtsextremen Parteien bedeuten und eine Schwächung der nationalen Demokratien, vor allem in bisher nicht so gefestigten, Länder könnte schlimmstenfalls herauskommen. Es zeigt sich also, daß die politische und soziale Globalisierung unbedingt kommen muß, daß man dabei jedoch nicht überstürzt vorgehen soll, sondern sich über alle Probleme im Klaren sein soll und daß man aus den Fehlern, die zum Beispiel bei der deutschen Einheit gemacht wurden, gelernt hat.

Quellenangaben:

Politikverflechtung und Entscheidungslücke

Wolfgang Streeck

aus: Bentel K./Reissert R./Schettkat R. (Hrsg.)

Die Reformfähigkeit von Industriegesellschaften, 1995

Die postnationale Konstellation und die Zukunft der Demokratie

Jürgen Habermas

Aus: Blätter für deutsche und internationale Politik, 7.1998

Sozial Marktwirtschaft

Arbeitshilfen für politische Bildung, 1997

Euro und Beschäftigung, Politik oder ökonomisches Gesetz

Henkel H./Romahn H.

Aus: Kölner Schriften zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Bd. 29, 1996

Handwörterbuch Internationale Politik

Wichard Woyke (Hrsg.)

Leske und Budrich, 1994

Europa von A-Z: Taschenbuch der europäischen Integration

Weidenfeld W./Wessels W. (Hrsg.)

Europa Union Verlag, 1995